



Reg. Nr. 108-20

CDU-Fraktion Plauen
Unterer Graben 1
08523 Plauen

Rathaus, Zimmer 150

Stadtverwaltung Plauen

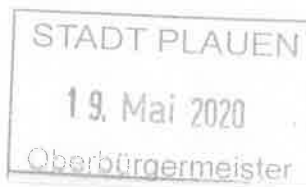
Oberbürgermeister
Herr Ralf Oberdorfer

→ Fr. Ullmann + Fr. Göbel
Stellungnahme erarbeiten

20.05.20

Plauen, 14.05.2020

Antrag



Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,

die CDU-Fraktion im Stadtrat Plauen stellt hiermit folgenden Antrag.

Die Stadtverwaltung wird wie folgt beauftragt:

1. Straßensondernutzungssatzung

- **Gebührenverzeichnis**

Die Gebühr der Sondernutzung unter „1. Gastronomischer Betrieb“ ist ab 15. Mai 2020 bis zum Jahresende 2020 auszusetzen.

- **§ 10 Gebührenpflicht (4)**

Jahresgebühren sind rückwirkend ab der vorgeschriebenen Schließung von Gewerbeeinheiten durch Corona-Maßnahmen anteilig bis Jahresende auszusetzen und Monatsgebühren, welche trotz Nichtinanspruchnahme erhoben wurden, sind analog rückzuführen.

2. Die Stadtverwaltung wird beauftragt nach Möglichkeiten zu suchen, für Gaststätten, Imbiß und Hoteliers weitere Flächen im öffentlichen Raum für eine Außengastronomie zur Verfügung zu stellen. Die Nutzung des Altmarkts soll ebenfalls für die Nutzung zur Verfügung stehen.

3. Der Gestaltungsleitfaden für Sondernutzungen auf öffentlichen Flächen in der Innenstadt Plauen ist zu den vorgenannten Maßnahmen für den gleichen Zeitrahmen auszusetzen.

4. Parkgebühren laut Parkgebührensatzung werden ab 23. Mai 2020 an Samstagen bis auf Weiteres nicht erhoben.

5. Gebühren für Parkkarten, welche als Jahresparkkarten an Händler und Gewerbetreibende ausgestellt wurden, sind rückwirkend ab der vorgeschriebenen Schließung von Gewerbeeinheiten durch Corona-Maßnahmen anteilig bis Jahresende auszusetzen.

Begründung:

Bedingt durch die Maßnahmen im Zusammenhang mit der Coronavirus-Pandemie und die damit verbundene lange Schließung von Gewerbeeinheiten der verschiedenen Branchen, wurden zahlreiche Unternehmer vor finanziell schwierige Situationen gestellt.

Als CDU-Fraktion schlagen wir daher verschiedene Maßnahmen vor, die die Stadtverwaltung für eine zeitnahe Belebung und Attraktivität der Stadt umsetzen sollte. Gewerbetreibende müssen ein finanzielles Entgegenkommen der Stadt spüren, um erhöhte Kosten nicht auf den Endverbraucher zu übertragen und um ihr Unternehmen in der kommenden Zeit wirtschaftlich erfolgreich fortzuführen bzw. wieder aufzubauen.

Für eine Erhaltung von Beschäftigungen kann die CDU-Fraktion auch Maßnahmen zustimmen, die mit vorübergehenden Einnahmeverlusten im städtischen Haushalt verbunden sind. Aber ohne ein Entgegenkommen der öffentlichen Hand sehen wir als CDU-Fraktion Arbeitsplätze gefährdet und damit Familien finanziell mehr belastet.

Der Handel muss in seiner Vielfalt gestärkt werden, um im Wettbewerb mit den umliegenden Zentren zu bestehen. Mit der Belebung der Innenstadt und einer funktionierenden, zukunftsweisenden Infrastruktur können auch der ÖPNV, der Tourismus und kulturelle Einrichtungen gestärkt werden und profitieren.

Gerade in der jetzigen Zeit, wo viele Bürger und Unternehmer verunsichert sind, muss der Wohlfühlfaktor in der eigenen Stadt einen hohen Stellenwert einnehmen. Es sollte unser aller Anliegen sein, unsere Region zu stärken.



Jörg Schmidt
Fraktionsvorsitzender